



Net-Tribune

Isländisches Parlament stimmt für Anerkennung Palästinas als Staat

Reykjavik - Island will als erstes westeuropäisches Land Palästina als Staat anerkennen. Die Abgeordneten des Parlaments in Reykjavik sprachen sich einer offiziellen Mitteilung zufolge am Dienstag mit 38 von 63 Stimmen für einen entsprechenden Antrag aus. Außenminister Össur Skarphéinsson sagte dem nationalen Fernsehsender RUV, er sei damit befugt, eine formale Erklärung abzugeben, wolle den Schritt aber zunächst mit den skandinavischen Ländern abstimmen. Der Mitteilung des Parlaments zufolge soll Palästina als "unabhängiger und souveräner Staat" auf Basis der Grenzen von 1967 anerkannt werden.



N 24

Island will Palästinenserstaat anerkennen

Das isländische Parlament hat für die Anerkennung eines Palästinenserstaates gestimmt. Ohne Gegenstimmen sprachen sich 38 von 63 Abgeordneten für die von Außenminister Össur Skarphedinsson eingebrachte Resolution aus, die eine Zweistaatenlösung fordert, die auf den Grenzen vor dem Sechstagekrieg 1967 basieren soll. Dreizehn Parlamentarier enthielten sich, zwölf erschienen nicht zur Abstimmung.

Die isländische Resolution rief Israel und die Palästinenser überdies dazu auf, einen Friedensvertrag anzustreben und künftig auf Gewalt zu verzichten. Amal Tamimi, eine Isländerin mit palästinensischen Wurzeln und die erste muslimische Abgeordnete des Landes, sagte bei der Abstimmung, sie sei stolz auf die Resolution. "Heute ist ein historischer Tag für die Völker Islands und Palästinas", sagte sie.

Die Palästinenser arbeiten derzeit an einer Vollmitgliedschaft in den Vereinten Nationen. Palästinenserpräsident Mahmud Abbas reichte im September bei der UNO einen entsprechenden Antrag ein. Die Aussichten sind indes schlecht: Die USA und Israel lehnen eine Vollmitgliedschaft ab. Sie sind der Auffassung, ein unabhängiger Palästinenserstaat könne nur durch direkte Gespräche mit Israel erreicht werden. Die USA können mit ihrem Veto im Sicherheitsrat die Aufnahme Palästinas verhindern.



Net-Tribune

Abbas unterstreicht palästinensischen Anspruch auf UN-Mitgliedschaft

New York - Palästinenserpräsident Mahmud Abbas hat den Anspruch der Palästinenser auf eine Mitgliedschaft bei den Vereinten Nationen am Dienstag erneut unterstrichen. Der Mitgliedsantrag bei den UN solle Friedensverhandlungen mit Israel auf der Basis der Grenzen von 1967 ergänzen. Es sei das "legitime Recht" der Palästinenser, sich um eine Aufnahme bei den Vereinten Nationen zu bemühen, hieß es in einer Erklärung Abbas', die der Gesandte bei den UN, Rijad Mansur, anlässlich des Tags der Solidarität mit dem palästinensischen Volk am Dienstag verlas.



Kölner Stadtanzeiger (Gastbeitrag)

Israel auf dem Weg in die Apartheid

Palästinensische Bürger werden systematisch diskriminiert. In einer Region leben zwei Bevölkerungsgruppen, von denen die eine alle Rechte und jeden Schutz genießt, während die andere ihrer Rechte beraubt wird. Das sind abscheulich undemokratische Zustände. Ein Kommentar von Amos Schocken

Im Januar 1993 sagte Israels Premier Jitzchak Rabin in einer Rede vor der Knesset: "Zusammen mit anderen Mitgliedern der internationalen Gemeinschaft beobachten wir das Atomprogramm des Iran. Niemand leugnet, dass die Möglichkeit, der Iran könne irgendwann Atomwaffen besitzen, besorgniserregend ist. Dies ist einer der Gründe, warum wir jetzt die Chance nutzen und den Frieden voranbringen müssen." Damals hatte Israel eine Strategie, deren Umsetzung mit den Osloer Verträgen begann: das Siedlungsprogramm zurückzufahren sowie die Behandlung seiner arabischen Bürger zu verbessern.

Wären die Dinge anders gekommen, als sie es taten, würde sich heute vermutlich auch die Iran-Frage anders stellen. Doch die Oslo-Strategie prallte auf eine andere, stärkere Ideologie: die von "Gush Emunim", des "Blocks der Getreuen". Seit den 1970er Jahren gibt er -mit kurzen Unterbrechungen - praktisch die Basis für das Handeln der israelischen Regierungen ab.

Flucht und Vertreibung

Die Strategie des "Blocks der Getreuen" ist klar und einfach: Die Besetzungsgrenzen nach dem Sechs-Tage-Krieg sind die für Israel geltende Grenzen. Die Palästinenser, die in diesen Gebieten leben - soweit sie nicht geflohen sind oder vertrieben wurden -, sind einem harten Regime zu unterwerfen. Dies treibt sie in die Flucht oder führt zu ihrer Vertreibung, beraubt sie ihrer Rechte und schafft eine Situation, in der diejenigen, die bleiben, nicht einmal mehr Bürger zweiter Klasse sind. Für ihr Schicksal interessiert sich niemand.

Die Ideologie des "Gush Emunim" entspringt religiösen, nicht politischen Motiven. Sie beharrt darauf, dass Israel für die Juden bestimmt ist. Daher sind diesem Denken nicht nur die Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten gleichgültig. Die palästinensischen Bürger Israels werden ebenfalls diskriminiert, indem ihre Bürgerrechte beschnitten werden oder ihnen die Staatsbürgerschaft entzogen wird.

Es ist eine Strategie der Landnahme und der Apartheid. Trotz vieler Unterschiede zur ursprünglichen Verwendung des Begriffs für die Unterdrückung der Schwarzen durch die Weißen in Südafrika gibt es Gemeinsamkeiten zur Lage in den von Israel besetzten Gebieten: In einer Region leben zwei Bevölkerungsgruppen, von denen die eine alle Rechte und jeden



Schutz genießt, während die andere ihrer Rechte beraubt und von der ersten Gruppe unterdrückt wird. Das sind abscheulich und demokratische Zustände.

Da ein Apartheid-Regime zumindest nach demokratischen Maßstäben in sich ungesetzlich ist, kann es weder Opposition noch Kritik dulden. Die Ideologie des "Blocks der Getreuen" muss Kritik unterdrücken und jeden Versuch unterbinden, ihrem eigenen Handeln entgegenzutreten - auch dann, wenn dieses Handeln selbst illegal oder sogar kriminell ist, nämlich der Aufrechterhaltung der Apartheid dient. Illegales Handeln muss legalisiert werden - sei es durch Gesetzesänderungen oder durch die juristische Uminterpretation bestehender Gesetze.

Vor diesem Hintergrund kommt es derzeit zu hemmungsloser Verleumdung des Obersten Gerichtshofs. Gegen Menschenrechtsorganisationen und die Presse zieht man juristisch zu Felde. Es verhindert, dass die israelische Apartheid so bekämpft wird, wie einst die südafrikanische Apartheid bekämpft wurde.

Im Obersten Gerichtshof sehen die "Gush Emunim"-Ideologen inzwischen ein Hindernis, das beseitigt werden muss. Vor allem ärgert sie die Haltung des Gerichts in zwei Punkten: Es widersetzt sich dem Wunsch, den Bau von jüdischen Siedlungen auf privaten Grundstücken in den Palästinenser-Gebieten für rechtmäßig zu erklären, und es lehnt die Rücknahme des Regierungsbeschlusses über die Räumung der Siedlungen im Gazastreifen ab.

Im Übrigen, argumentieren die Ideologen, müsse die Interpretation der Menschenrechte durch Urteile des Gerichtshofs zu dessen Abschaffung in der gegenwärtigen Form führen. Die Möglichkeit zum Verkauf von Land aus dem Jüdischen Nationalfonds an arabische Bürger, die Öffnung einer Schnellstraße für Palästinenser, oder auch eine mögliche Korrektur des Staatsbürgerschaftsrechts - solche Urteile widersprechen zentralen Elementen in der Ideologie des "Blocks der Getreuen": der Herabsetzung der Palästinenser (in Israel und in den besetzten Gebieten) gegenüber den Juden und ihre Degradierung zu Bürgern zweiter Klasse, zu quasi Nicht-existenten oder - im besten der Fälle - zu solchen, die aus dem Land fliehen.

Hat ein solches Israel eine Zukunft? Jenseits der Frage, ob Moral und historische Erfahrung des Judentums solche Zustände überhaupt zulassen, ist offensichtlich: Die gegenwärtige Lage ist unerhört instabil und gefährlich. Sie verhindert, dass Israel sein volles Potenzial entfalten kann. Sie bedeutet ein Leben mit dem Schwert. Dieses Schwert könnte eine dritte Intifada sein, ein Ende des Friedens mit Ägypten und eine Konfrontation mit einer Atommacht Iran. Rabin hatte das verstanden.

Amos Schocken ist Verleger und Herausgeber der führenden liberalen israelischen Zeitung "Haaretz". Der Verlag M. DuMont Schauberg, in dem auch der "Kölner Stadt-Anzeiger" erscheint, ist am Verlag der "Haaretz" beteiligt.



Übersetzung: Nicole Lindenberg und Joachim Frank



Neue Zürcher Zeitung

Missliebige Botschafter

Israels Regierung wird wegen Angriffen auf die Medienfreiheit heftig kritisiert

Der staatskritische Journalismus in Israel steht unter Druck. Mit willkürlichen Massnahmen und umstrittenen Gesetzesinitiativen will die Regierung Netanyahu ihre Gegner mundtot machen.

Joseph Croitoru

Vor gut einer Woche musste der Ostjerusalemmer israelisch-palästinensische Sender Kol Hashalom (All For Peace) die terrestrische Ausstrahlung seines Programms einstellen. Der mehrsprachige Sender ist seit seiner Gründung vor sieben Jahren so gut wie das einzige Forum im Land, in dem ein lebendiger Dialog zwischen Israeli und Palästinensern stattfindet, weshalb er der herrschenden Likud-Partei schon lange ein Dorn im Auge ist. Ihr rechts aussen stehendes Mitglied Dani Danon hatte dem Radio im September vorgeworfen, die Palästinenser gegen Israel aufzuwiegeln. Kol Hashalom müsse geschlossen werden, sagte er.

Ohne konkreten Grund

Der Direktor des israelischen Telekommunikationsministeriums teilte kurz darauf dem Sender mit, dass er gegen das Rundfunkgesetz verstosse. Der konkrete Grund dafür wurde jedoch nicht genannt. Beim Sender war man verwundert: Das Gesetz sei doch nur innerhalb des israelischen Staatsgebiets anwendbar, davon könne der Betrieb der Sendeanlage von Kol Hashalom im palästinensischen Ramallah unmöglich tangiert sein.

Kurze Zeit später wurde der Direktor der israelischen Abteilung des Senders, Mossi Raz, zu einem Polizeiverhör vorgeladen. Ihm wurde mit einer Razzia in den Ostjerusalemmer Büros der Station gedroht, wenn diese nicht sofort ihren Funkbetrieb beende. Raz beugte sich dem Diktat, um nicht die Existenz von Kol Hashalom, der über das Internet weiterhin operieren darf, gänzlich zu gefährden.

Die Teilschliessung des Senders wurde in der israelischen Öffentlichkeit als massiver Schlag gegen die Pressefreiheit kritisiert, der für viele im Land nur eine Facette der aggressiven Medienpolitik der Regierung darstellt. Seit Netanyahu im September den ihm politisch genehmen Fernsehreporter Yoni Ben-Menachem zum Chef des öffentlichen Rundfunks hat ernennen lassen, haben es dort kritische Journalisten zunehmend schwer. Mehr als 30 von ihnen sind mittlerweile zu «Sondierungsgesprächen» geladen worden, bei denen man ihnen mit der Kündigung gedroht haben soll. Um ein Exempel zu statuieren, wurde Anfang November der angesehenen Fernsehredaktorin Keren Neubach die Leitung des investigativen Fernsehmagazins «Zweiter Blick» entzogen.



Die Regierung macht auch vor dem Privatfernsehen nicht halt, insbesondere wenn es darum geht, Kritik an Ministerpräsident Netanyahu zu unterbinden. Laut israelischen Presseberichten wird seit einiger Zeit Druck auf den privaten Nachrichtensender Kanal 10 ausgeübt, seinen Enthüllungsjournalisten Raviv Drucker zu entlassen – er hatte 2008 finanzielle Unregelmäßigkeiten im Zusammenhang mit einem London-Besuch des Ehepaars Netanyahu aufgedeckt. Im Gegenzug stellt die Regierung dem defizitären Sender in Aussicht, Aufschub bei der Rückzahlung seiner Schulden zu gewähren, die er für den Erwerb von Sendelizenzen beim Staat hat. Ohne diesen Zahlungsaufschub droht Kanal 10 aufgrund seiner desolaten Finanzlage das Aus.

Israels Journalisten haben angesichts dieser Entwicklung Alarm geschlagen. Am Sonntag vor einer Woche reisten einige hundert von ihnen zu einer in Tel Aviv abgehaltenen «Notversammlung für Medienfreiheit» an, auf der nicht nur heftige Kritik an der Medienpolitik der Regierung geäußert wurde. Die Medienvertreter gaben sich auch selbstkritisch: Bisweilen habe man sich von Politikern instrumentalisieren und sogar gegeneinander ausspielen lassen. Bei manchen sei die kritische Distanz zum Staat auf der Strecke geblieben.

Gesetzesverschärfung

Immer wieder wurde in Tel Aviv zu mehr Solidarität untereinander aufgerufen, und die könnte für die Journalisten bald von existenzieller Bedeutung sein. Nur einen Tag nach dem aufsehenerregenden Journalistentreffen verabschiedete das israelische Parlament in erster Lesung eine neue Version des Verleumdungsgesetzes, die das bisherige Strafmaß um das Sechsfache erhöht – die Strafgebühren würden damit von rund 12 000 auf über 70 000 Franken steigen, wobei der Kläger den ihm durch die «Diffamierung» entstandenen Schaden nicht einmal nachweisen müsste. Die doppelte Summe würde fällig, wenn dem Angeklagten eine «verleumderische Absicht» nachgewiesen werden kann; und auf eine fast fünfmal so hohe Entschädigung hätte ein Kläger Anspruch, wenn die Veröffentlichung seiner Gendarstellung nicht innerhalb einer «akzeptablen» Frist erfolgt.

Nicht nur Privatleute und Blogger, sondern auch Zeitungen und Fernsehsender wären durch die Gesetzesnovelle künftig schnell in ihrer Existenz bedroht. Zu einer ersten Demonstration gegen das «Maulkorb-Gesetz», zu der auch die israelische Friedensbewegung Peace Now aufgerufen hatte, kam es schon am vergangenen Dienstag in Tel Aviv. Sie wird kaum die letzte sein.

(29.11.)